

Unser Hagen ist mehr!

Hagens Zukunft aktiv gestalten

Programm des Unterbezirks Hagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Kommunalwahl 2014

Sozialdemokratische Politik ist gelebte Demokratie

Die Hager SPD wird nach dem politischen Scherbenhaufen, den die CDU und ihr ortsfremder Oberbürgermeister angerichtet haben, die Zukunft der Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zukunftsweisend gestalten.

Wir werden dafür sorgen, dass Hagen wieder zur Stadt der Stadtteile wird, in denen sich die Menschen wohl und aufgehoben fühlen. Das setzt voraus, dass sich sozialdemokratische Politik vor Ort weiter konsequent für mehr Demokratie, Chancengleichheit und Gerechtigkeit einsetzt. Unter sozialdemokratischer Kommunalpolitik verstehen wir gelebte Demokratie, welche auf die direkte Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort setzt. Wir werden daher das bürgerschaftliche Engagement als wesentlichen Bestandteil unserer Kommunalpolitik weiter ausbauen. Wir werden dabei die vielfältigen Potentiale und Erfahrungen unserer Stadt bündeln, die Bürgerschaft mitnehmen und damit die Kräfte der Selbstgestaltung zur Entfaltung bringen. Wir werden Formen der direkten Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf das gesellschaftliche Geschehen in Hagen entwickeln und umsetzen. Es gilt, die Menschen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Dabei treten wir besonders für die Interessen derjenigen Menschen ein, die sich in einer immer schneller verändernden Gesellschaft gar nicht oder nur unzureichend äußern können. Es wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein, die Betroffenen in die Politik einzubinden, ob in Diskussionsveranstaltungen vor Ort oder in Internetforen. Nicht nur die organisierten Interessenvertreter und die Lobbyisten dürfen das politische Handeln in Hagen bestimmen.

Jede gesellschaftliche Veränderung findet vor der Haustür statt

Denn die Auswirkungen fast aller gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen werden für die Bürger auf kommunaler Ebene konkret spürbar.

Alle grundlegenden Veränderungen werden zudem lokal gestaltet. Wir werden weniger, wir werden älter und wir werden bunter – die demografische Entwicklung gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Hagen hat das mit dem stetigen Rückgang der Einwohnerzahl in den vergangenen Jahren bereits deutlich zu spüren bekommen. Wir erleben die Auswirkungen der Digitalisierung, der Globalisierung, der Wissens- und Innovationsgesellschaft ebenso wie die der Energiewende. Weitere technisch-ökonomische Entwicklungen werden in den kommenden Jahren zu bewältigen sein. Nicht zuletzt finden auch die gesellschaftlichen Entwicklungen (Individualisierung, Wertewandel, Vielfalt der Lebensentwürfe, Feminisierung der Gesellschaft etc.) direkt vor unserer Haustür statt. Die Veränderungen werden in Familien und Unternehmen ebenso wahrgenommen wie in unseren Gemeinden und Stadtquartieren. Daher muss den Stadt- und Ortsteilen in Zukunft eine immer höhere Bedeutung zugemessen werden. Der Erhalt und die Förderung der Stadtteil- und Nebenzentren genießt beispielsweise für die Versorgung und Nahversorgung der Menschen erste Priorität. Durch die vorausschauende und zukunftsweisende Politik der SPD in Hagen werden sie nachhaltig unterstützt. Als Agenturen des Wandels und der lokalen Bürgergesellschaft müssen sie nicht nur in die Kommunalpolitik eingebunden werden, sondern erhalten dort ihren festen und sicheren Stammplatz. Das setzt transparente Stadtpolitik voraus, wie wir sie auch zukünftig praktizieren werden.

Soziale Verantwortung trotz Konsolidierung

Mit Blick auf die engen finanziellen Spielräume werden wir jedoch gemeinsam mit den Bürgern alle nachvollziehbaren Notwendigkeiten und Wünsche genau überdenken und nur das realisieren, was nach Festlegung der Prioritäten die Finanzen zulassen. Um Hagen weiterhin zukunfts- und wettbewerbsfähig zu halten, werden mutige und zukunftsichernde Entscheidungen notwendig sein. Die Konsolidierung des städtischen Haushalts hat weiterhin Priorität. Allerdings werden wir trotz aller notwendigen Konsolidierungen die soziale Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger immer im Fokus behalten: Gute Arbeit, von der die Menschen ordentlich leben können, gute Bildung für alle und guter bezahlbarer Wohnraum stehen für die Hagener SPD an erster Stelle. Deshalb werden wir nicht müde, deutlich zu machen, dass Hagen zwingend neben den eigenen Konsolidierungsanstrengungen auf Hilfen des Bundes und des Landes angewiesen ist. Hier werden wir führend dazu beitragen, dass die öffentliche Diskussion über die Finanznot der Städte und Gemeinden und die Notwendigkeit, die Solidarmittel nicht ausschließlich nach Himmelsrichtungen sondern nach Bedürftigkeit zu verteilen, nicht einschläft und zu positiven Konsequenzen auch für unseren städtischen Hagener Haushalt führt.

Die immer noch vorhandenen gestalterischen Entscheidungsmöglichkeiten werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt verantwortungsvoll nutzen und umsetzen. Das zielt ab auf die immer stärker werdende Bedeutung der Wohnquartiere, der Stadtteile und Bezirke sowie der Stadt selbst als unmittelbaren Lebensraum der Hagener Bürgerinnen und Bürger. Die Hagener SPD legt einen noch stärkeren Fokus auf die Interessen, aber auch auf die aktive Mitarbeit der in Hagen und den Stadtteilen lebenden Menschen. Hagen ist mehr und Hagen kann mehr. Davon ist die Hagener SPD zutiefst überzeugt und wird sich in Zukunft noch mehr auf die eigenen Stärken unserer Stadt und die eigenen personellen Kräfte in Hagen besinnen.

Gemeinsam für die Politikwende

Nach den Jahren der Pleiten, Verfehlungen und Skandale werden wir in unserem Hagen für die notwendige Aufbruchsstimmung sorgen. Wir wollen hierzu als Hagener SPD unseren Beitrag leisten, indem wir nach der anstehenden Kommunalwahl mit der entsprechenden Ratsmehrheit für eine dringend notwendige Politikwende in Hagen sorgen. Dafür steht ein starkes Team, das sich, bestehend aus dem neuen Oberbürgermeister, den Bezirksbürgermeistern und Bezirks- und Ratsvertretern, dafür einsetzen wird, dass die Identität Hagens als kulturelles und wirtschaftliches Oberzentrum für alle Hagenerinnen und Hagener sowie für das Umland deutlicher wird. Wir können stolz auf Hagen, unsere Stadt, sein – und wir sind es auch.

Land und Bund sind mit in der Verantwortung

Deutliche Forderungen an Land und Bund

Die Unterfinanzierung der städtischen Aufgaben muss als Forderung an den Bund in den kommenden Jahren noch deutlicher herausgestellt werden. Für die Stadt müssen endlich dauerhafte Lösungen gefunden werden. Dabei macht die bereits entbrannte Diskussion um den Solidarbeitrag Ost Sinn. Insbesondere unter dem Aspekt, dass die jährlichen kreditfinanzierten Zahlungen in Millionenhöhe aus dem städtischen Hagener Haushalt für die neuen Bundesländer dazu führen, dass der vom Land vorgegebene Haushaltsausgleich nicht zu erreichen ist.

Erster Schritt müsste daher die Forderung sein, dass diese Finanzmittel für den Aufbau Ost sowohl für die letzten als auch die kommenden Jahre als Sonderposition nicht für den vorgegebenen Haushaltsausgleich relevant sind. Insofern muss eine Änderung des Stärkungspaktes des Landes massiv eingefordert werden. Daneben ergibt sich aus den

Regelungen des Grundgesetzes (Artikel 72 und 106) die Verpflichtung an den Gesetzgeber, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu schaffen. Das sieht die SPD Hagen als einen Ansatzpunkt für weitergehende Forderungen.

Die Infrastruktur muss erhalten bleiben

Selbstverständlich muss Hagen seinen Beitrag zum Haushaltsausgleich auch durch eigene örtliche Maßnahmen leisten. Allerdings sollten konkrete Maßnahmen, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, erneut auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Strukturen und Einrichtungen, welche für die Stadt lebenswichtig sind, müssen hingegen für die Zukunft unbedingt gesichert werden. Dazu gehört auch der Erhalt der dezentralen Stadtteilbäder. Wir werden es nicht zulassen, dass in Hagen das letzte Stadtteilbad geschlossen wird, während in den neuen Bundesländern überall mit unseren Geldern finanzierte Freizeit- und Spaßbäder entstehen. Deshalb bekennt sich die Hager SPD zu den Bädern in Haspe, Hengstey und Hohenlimburg. Mit der Hager SPD wird es keine Schließung geben. Denn wir erkennen an, dass es sich hier um Einrichtungen handelt, die sich großer Beliebtheit und Akzeptanz erfreuen. Besonders bei Familien, Jugendlichen und Badefreunden auch mit kleinem Geldbeutel. Darüber hinaus haben die Bäder für den Schul- und Vereinssport eine zentrale Bedeutung.

Die getroffenen Entscheidungen des Stadtrates zur Änderung der Struktur der städtischen Beteiligungen müssen überdacht werden.

Für die SPD steht fest: Mit örtlichen Sparvorschlägen allein ist der Haushaltsausgleich nicht zu erreichen. Die Sicherung der Infrastruktur in Hagen wird in naher Zukunft erhebliche Mittel erfordern. So benötigt Hagen allein für die Sanierung der städtischen Brücken in den kommenden Jahren einen hohen zwei- bis dreistelligen Millionenaufwand. Dabei muss die überschuldete Stadt auch noch den Unterhalt für den Autobahnzubringer vom Landgericht bis zur A 45 tragen. Hier sind konkrete Forderungen gegenüber dem Bund aber auch dem Land zu erheben.

Städtisches Bündnis für Arbeit und Beschäftigung

Die SPD Hagen wird für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung eine glaubwürdige Position ergreifen. Es ist erforderlich, dass gegenüber der Öffentlichkeit und den anderen Parteien die Grenzen der ständig erhobenen Forderung nach Personalabbau in der Verwaltung aufgezeigt werden.

Anhand der Zuordnung des Personals für Feuerwehr, Kindergärten, Sozialdienste, Theater, Immobilien etc. lässt sich sehr schnell – insbesondere mit Hilfe der Arbeitnehmervertretungen – plausibel aufzeigen, dass dem Personalabbau Grenzen gesetzt

sind. Die sogenannte „freie Masse“ des eigentlichen Kerns der Verwaltung ist – so eine notwendige Forderung – genau anhand eines plausiblen Stellenplans zu prüfen. Dieser Plan ist sowohl mit dem Stadtrat als auch mit dem Regierungspräsidenten abzustimmen. Es kann nicht sein, dass von allen Seiten ein Personalabbau gefordert wird, während bei Problemen und Konflikten (Soziale Betreuung/Überwachung, Lebensmittelkontrollen, Seuchengefahren, Katastrophen) die Untätigkeit oder mangelhafte Reaktion der städtischen Mitarbeiter kritisiert und sogar strafrechtlich verfolgt wird. Gleichwohl müssen auch innerhalb der Stadtverwaltung vorhandene Strukturen überprüft werden. Die Effektivität und eine ausgewogene Arbeitsbelastung müssen gemeinsam mit den Mitarbeitern und der Personalvertretung sichergestellt werden. Hier strebt die SPD ein „städtisches Bündnis für Arbeit und Beschäftigung“ u.a. mit dem Ziel an, betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und eine notwendige Flexibilität einzufordern.

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ist für die SPD von zentraler Bedeutung.

Wir akzeptieren nicht, dass von Niedriggehältern und Lohndumping in erster Linie Frauen betroffen sind. Der gesetzliche Mindestlohn kommt insbesondere den Arbeitnehmerinnen zugute und ist weiterhin zentraler Bestandteil unserer politischen Forderungen.

Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe in unserer Stadt. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode die Maßnahmen im Bereich des Gender Mainstreamings vorantreiben. Die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen in Deutschland ist durchaus evident, dies gilt auch für Hagen.

Die SPD-geführte Stadt legt Wert auf die Förderung von Frauen. Es gilt, den Anteil der weiblichen Führungskräfte sowohl in der Stadtverwaltung als auch in den städtischen Unternehmen deutlich zu vergrößern. Es ist mit der Aufsichtsbehörde zu klären, wie zur Erreichung dieses Ziels auch externe Einstellungen angesichts der Haushaltslage umgesetzt werden können, wobei interne Lösungen erste Priorität haben.

Altersarmut ist auch in unserer Stadt ein wichtiges Thema für die SPD Hagen. Der DGB hat im vergangenen Jahr differenzierte Daten zu den Verdienstunterschieden in Hagen vorgelegt. Sie beruhen auf einer Sonderauswertung der Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung. Betroffen sind danach vor allem Frauen, Migranten und Arbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Im Jahr 2010 erhielten Vollzeitbeschäftigte in Hagen 2856 Euro monatliches Bruttoentgelt und damit fast exakt den NRW-Landesdurchschnitt (2839 Euro). Viele Menschen werden mit diesem Einkommen nach ihrer Berufstätigkeit aber keine auskömmliche Rente erhalten, denn diese Durchschnittsverdiener haben nach 40 Versicherungsjahren aktuell einen Anspruch auf ca. 1200 Euro Rente.

Nach aktuellen Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) muss jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte in Hagen künftig mindestens 47 Jahre lang arbeiten, um eine Rente zu bekommen, die knapp oberhalb der Grundsicherung liegt. Denn in Hagen arbeiten 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten zu einem Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.890 Euro im Monat. So lag die Durchschnittsrente im Zugangsjahr 2012 in Hagen bei nur 1013 Euro (Männer) bzw. 480 Euro (Frauen). Wenn das Rentenniveau von 43 Prozent schon heute gelten würde, läge die durchschnittliche Rente nur noch bei rund 871 Euro (Männer) bzw. 412 Euro (Frauen).

Für die SPD Hagen ist es wichtig, dass es in einer immer älter werdenden Gesellschaft dringend politischer Weichenstellungen bedarf, um das Existenzminimum von Seniorinnen und Senioren zu sichern.

Daseinsvorsorge hat erste Priorität

Die Stadt Hagen ist mehr als ein Konzern, sie ist ein soziales Gemeinwesen, das alle Bürger einschließt. Die kommunalen Unternehmen haben selbstverständlich wirtschaftlich zu arbeiten und grundsätzlich eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erbringen. Doch das allein genügt nicht. Sie müssen auch Aufgaben im Interesse der Einwohner und Einwohnerinnen erfüllen, sie haben eine soziale und gesellschaftspolitische Aufgabe, die sie von Privatunternehmen unterscheidet. Ansonsten laufen sie zu Recht Gefahr, ihre Daseinsberechtigung zu verlieren. Die kommunalpolitischen Ziele der städtischen Beteiligungen sind zu definieren und umzusetzen. Die SPD bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Position, dass öffentliche Leistungen nicht privatisiert (Privat-vor-Staat) werden dürfen. Eine Stärkung der Wirtschaftsbetriebe Hagen als Anstalt des öffentlichen Rechts ist unter steuerlichen Aspekten sinnvoll. Auch sollte die Rolle der Sparkasse mit Blick auf mögliche neue Aufgaben und Abgaben an die Stadt untersucht werden.

Die in der Vergangenheit gegen den entschiedenen Willen der SPD-Ratsfraktion von den anderen Parteien im Rat beschlossene Bündelung der städtischen Unternehmen unter das Dach der HVG ist weder finanzpolitisch noch kommunalpolitisch sinnvoll. Die SPD will diese Entscheidung nach der Wahl daher ändern. Ziel muss es sein, die kommunalpolitische Einflussnahme des Stadtrates auf die Entscheidungen dieser Unternehmen wieder herzustellen.

Gute Bildung für alle hat Vorrang

Hagen: Die Stadt der Schulen – die Stadt der Fernuniversität

Zu Recht wird Hagen seit langem schon die „Stadt der Schulen“ genannt. Diese Bezeichnung steht für die Identität unserer Stadt, deren besonderes Kennzeichen es über Generationen hinweg war und ist, für ihre Bürgerinnen und Bürgern ein fortschrittliches Schulangebot zu entwickeln.

Es waren in erster Linie sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker, die dafür eintraten, dass gute Bildung in unserer Stadt kein Privileg der Wohlhabenden sein darf. So zeigen die Auseinandersetzungen um die Gründung von Gesamtschulen in Hagen beispielhaft auf, dass ein solches, auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit ausgerichtetes Schulsystem häufig gegen den heftigen Widerstand von konservativer Seite erkämpft werden musste.

Auch die Gründung der FernUniversität, mittlerweile die größte Universität mit den meisten Studierenden in Deutschland, war getragen von dieser Überzeugung. Sie eröffnet heute weiten Teilen der Bevölkerung Zugänge zu universitären Studiengängen. Vielen von ihnen wäre ein Studium im traditionellen Rahmen nicht möglich gewesen.

Inklusion, Schulentwicklung und die Sekundarschulgründung sind für die Menschen von besonderer Bedeutung. Lösungen sind nicht vorab zu bestimmen. Sie müssen unter Einbeziehung aller von den Entwicklungen Betroffenen gemeinsam erarbeitet werden. Der Stadt Hagen als Träger der Bildungseinrichtungen kommt dabei eine entscheidende Verantwortung zu.

Die Hagener Schulentwicklungsplanung ist ein Prozess, der nicht innerhalb von ein paar Wochen von Politik und Verwaltung umzusetzen ist. Eltern, Schulen, Schulaufsicht und Schulträger müssen die Schritte der Entwicklung offen behandeln und nach Lösungen suchen. Dabei sind nur Kompromisslösungen möglich, da immer eine Gruppierung aufgrund einer möglichen persönlichen, direkten Betroffenheit Einschnitte in bisher gewohnte Bedingungen erfährt. Nur die offene Diskussion der Entwicklung und das Ringen um die bestmögliche Lösung können tragfähige Alternativen hervorbringen. Die Neuordnung der Schullandschaft beinhaltet auch eine Entwicklung der räumlichen Voraussetzungen mit Augenmaß. Inklusionsanforderungen und die Neuentwicklung pädagogischer Konzepte, die im Schulprogramm verankert werden, sind mit entsprechenden schulbaulichen Maßnahmen aufs Engste zu verknüpfen. Hier sind Hagener Entscheidungen für die Schulen zum einen verbindlich und zum anderen verlässlich zu treffen. Die Neustrukturierung der Schullandschaft erfordert u.a. auch Überlegungen zur sicheren Gestaltung von Schulwegen, die nur mit Eltern und Schülern und dem Schulträger gemeinsam angegangen werden können.

Bildungssystem steht vor Herausforderungen

Unsere Stadt verfügt heute über ein differenziertes Angebot an Schulen mit gut ausgestatteten Gebäuden an zentralen Standorten im gesamten Stadtgebiet. Viele Schulen verstehen sich als Schulen in ihrem Stadtteil und öffnen sich für Belange der hier lebenden Menschen.

Der strukturelle Wandel in Hagen stellt das Bildungssystem vor Veränderungen und neue Herausforderungen. Die Geburtenzahlen sind rückläufig, die Zahl der Menschen, die neu nach Hagen ziehen ist geringer als die, die Hagen verlassen. Die soziale Struktur der Bevölkerung ändert sich: Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, die heute hier aufwachsen, hat mindestens ein Elternteil, das nicht deutscher Herkunft ist. Kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit sind damit für uns alle selbstverständlich geworden und bestimmen unseren Alltag. Zugleich verschärfen sich die Problemlagen. Viele Menschen leben in prekären Verhältnissen, die Schere zwischen Armut und Reichtum klafft auseinander. Die Stadtteile und Quartiere in unserer Stadt entwickeln sich auseinander. Die Bildungseinrichtungen – allen voran die Kindertageseinrichtungen und Schulen – müssen sich den unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten in ihrem Umfeld stellen und tun dies bereits mit großem Engagement.

Leitidee einer kommunalen Bildungspolitik

Die SPD Hagen wird sich der Herausforderung stellen, um die Probleme zu identifizieren und die Chancen auszuloten, die in den Veränderungsprozessen einer kleiner und bunter werdenden Stadtbevölkerung enthalten sind. Gerade wenn die Haushaltsslage unserer Stadt auf der einen, die Abhängigkeit von landes- und bundespolitischen Entscheidungen auf der anderen Seite kommunale Handlungsspielräume begrenzen, erhält eine verantwortungsvolle, aktiv gestaltende Kommunalplanung besonderes Gewicht.

Gerade wenn nicht alles Wünschenswerte realisiert werden kann, müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Hagener SPD und ihr Oberbürgermeisterkandidat entscheiden sich eindeutig für den Vorrang für Bildung! In unserer Stadt hat gute Bildung für alle Vorrang! Gute Bildung ist die entscheidende Ressource, damit die Menschen unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, von finanziellen Möglichkeiten und individuellen Eigenschaften größtmögliche Teilhabe am Leben unserer Stadt erfahren können.

Nicht soziale Herkunft oder finanzielle Möglichkeiten des Elternhauses sollen in unserer Stadt über den Erfolg bei Bildungsabschlüssen entscheiden.

Unser sozialdemokratisches Leitbild ist und bleibt das Bild einer sozialen Stadt Hagen! In unserer Stadt soll gute Bildung für alle Chancengleichheit ermöglichen.

Ein gutes Bildungsangebot eröffnet persönliche und berufliche Lebenschancen, es macht Hagen attraktiv für junge Familien. Es beeinflusst die Standortwahl von Unternehmen.

Inklusion als Schlüsselthema für die soziale Stadt Hagen

Allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt – unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung und der jeweiligen individuellen Lebenssituation – die größtmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen ist das Ziel von Inklusion. Es handelt sich dabei um eine Aufgabe, die nahezu alle Politikfelder unserer Stadt betrifft und deshalb nur mit einer langfristig ausgelegten Perspektive umgesetzt werden kann. Dabei ist die Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten der einzelnen Menschen ebenso wichtig wie die Notwendigkeit, jeweils unterschiedliche Hilfs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln.

Die SPD Hagen setzt sich dafür ein, die Bedingungen für eine gesamtstädtische Inklusionspolitik in einem breiten Diskurs mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu thematisieren. Sie fordert die Kommunalpolitik auf, den Gedanken der Inklusion als Querschnittsaufgabe bereits jetzt in allen ihren Handlungsfeldern einzubeziehen.

Inklusion steht gegen Diskriminierung und Ausgrenzung und steht für Toleranz, Integration, für Kinder- und Familienfreundlichkeit in einer sozialen Stadt Hagen.

Gute Bildung beginnt in der Kita

Die Hagerer Kita-Landschaft hat sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv weiterentwickelt. Viele Kindertageseinrichtungen sind neuen pädagogischen Anforderungen entsprechend renoviert worden, neue Einrichtungen sind geschaffen worden. In guter Zusammenarbeit zwischen städtischen Einrichtungen und denen anderer Träger verfügt Hagen über ein attraktives Angebot für die Kinder unserer Stadt. Besonders für die Kinder unter drei Jahren sind in kurzer Zeit viele neue Plätze entstanden.

In Kombination mit den Angeboten der Tagespflege setzt Hagen bereits jetzt den Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz um.

Familien wollen Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander verbinden. Sie wünschen sich ein gutes pädagogisches Angebot mit flexiblen Öffnungszeiten.

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Kinder erwerben hier – in Gemeinschaft mit anderen Kindern – vielfältige soziale, emotionale und kognitive Kompetenzen, deren Erwerb im Familienzusammenhang allein kaum realisierbar wäre.

Die SPD Hagen lehnt deshalb die derzeit gültige Gesetzgebung des Bundes entschieden ab, die denjenigen Eltern, die ihre Kinder zu Hause behalten, eine Betreuungsprämie zahlt. Diese verhindert häufig gerade dort sinnvolle Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten von Kindern und Familien, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Die SPD Hagen fordert die Landespolitik stattdessen auf, die frühkindliche Bildung mit der schulischen Bildung gleichzustellen und sie insgesamt – und nicht erst im letzten Kita-Jahr – kostenfrei anzubieten.

Viele Hagener Kitas haben sich zu Familienzentren entwickelt und übernehmen umfangreiche Aufgaben der Stadtteil- und Gemeinwesen-Orientierung. Sie sind die erste Anlaufstelle in einer Fürsorge- und Präventionskette in ihrem Sozialraum und vernetzen die vorhandenen Unterstützungs- und Beratungsangebote für die Hagener Kinder, Mütter, Väter und Familien.

In den Hagener Kitas findet – mehr als in anderen Bildungsbereichen – bereits jetzt gelebte Inklusion statt. Kitas sind offen für alle Kinder ihres Sozialraumes, arbeiten mit der Vielfalt der Kinder in allen ihren Unterschiedlichkeiten und bieten ihnen geeignete Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten an.

In Hagen darf kein Kind zurückgelassen werden! Die SPD Hagen will die Lebenssituation der Kinder, die unter Armutsverhältnissen aufwachsen, entscheidend verbessern. Sie und ihre Familien sind häufig einem Kreislauf von Bildungsbenachteiligung, gesundheitlichen Problemen und sozialer Isolierung ausgeliefert.

Besonders in der integrativen Arbeit mit Kindern mit Behinderungen verfügen Kindertageseinrichtungen seit Jahren bereits über viele Erfahrungen.

Die Hagener SPD unterstützt den inklusiven Prozess, in dem Kinder mit Behinderungen noch mehr als bisher die Möglichkeit bekommen, in Regeleinrichtungen aufgenommen zu werden. Wir unterstützen das Wahlrecht der Eltern entscheiden zu können, welches Angebot für ihre Kinder jeweils das Beste ist.

Diese Wahlmöglichkeit setzt allerdings voraus, dass auch weiterhin ein qualitativ hochwertiges, differenziertes Angebot von speziellen – z.B. heilpädagogischen Fördereinrichtungen – aufrechterhalten bleibt.

Die SPD Hagen wendet sich entschieden gegen alle Versuche, unter dem Mantel der Inklusion benötigte Fördereinrichtungen abzuschaffen, allein um Einspareffekte zu erzielen.

Die Kitas im Inklusionsprozess benötigen zusätzliche personelle und materielle Ressourcen. Die SPD Hagen schließt sich der Position des Städtetages NRW an, der die Übernahme der Kosten der Inklusion durch das Land einfordert.

Um die immer komplexer werdenden Aufgaben erfüllen zu können, brauchen die Kitas eine gute Personalausstattung. Die hohen Belastungen der Erzieherinnen und Erzieher müssen reduziert werden.

Die SPD Hagen begrüßt die überfällige Korrektur einiger Fehlausrichtungen, die mit dem Kinderbildungsgesetz der alten CDU/FDP-Landesregierung einhergingen. Erzieherinnen müssen wieder grundsätzlich mit unbefristeten Verträgen eingestellt werden. Die pädagogischen Fachkräfte sind Bezugspersonen, der Aufbau von stabilen emotionalen Beziehungen erfordert Konstanz. Allerdings geht die KiBiZ-Revision an vielen Stellen nicht weit genug. Insbesondere die Gruppengrößen müssen reduziert werden, damit die Kitas

ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag und ihren anspruchsvollen stadtgesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden können.

Die Kooperationen der Hagener Kitas mit den Grundschulen in ihrem Stadtbezirk sind vielfach schon weit vorangeschritten. Gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen finden für alle Stadtbezirke statt. Diese Form der Kooperation ist landesweit einzigartig.

Gute Bildung braucht gute Schulen

Die Hagener Schulpolitik und Schulentwicklungsplanung hat in den letzten Jahren auch unter schwierigen Bedingungen dafür gesorgt, dass wir in unserer Stadt über gute Schulgebäude und eine insgesamt akzeptable Lehr- und Lernausstattung verfügen.

Neben den notwendigen Schulträgerentscheidungen zur sächlichen Ausstattung der Schulen erhalten die Entscheidungen zur zukünftigen Hagener Schulstruktur und zur inneren pädagogischen Entwicklung der Einzelschulen besondere Bedeutung.

Die Hagener SPD tritt entschieden dafür ein, alle diese Aspekte zum Gegenstand der kommunalen Schulentwicklungsplanung zu machen. Kommunale Schulentwicklung muss auch die Erarbeitung von Schulprofilen anstoßen und die Entwicklung pädagogischer Konzepte anregen, in denen die Schulen ihre besondere Rolle unter den Bedingungen ihres Sozialraumes definieren.

Sozialdemokratische Schulpolitik tritt ein für ein gerechtes Schulsystem, das allen Kindern optimale Bildungschancen eröffnet. Eine soziale Stadt braucht soziale Schulen, die in einem Klima von gegenseitiger Akzeptanz, Unterstützung und Förderung Lernprozesse organisieren und individuelle Lernwege ermöglichen.

Kein Kind darf zurückbleiben! Nicht Selektion und Auslese, sondern das gemeinsame Lernen in wohnortnahen Schulen bis zur Klasse 10 hat für uns Priorität.

Dazu gehören unverzichtbar verlässliche und qualitativ anspruchsvolle Ganztagsangebote an jeder Schule, die den Kindern und Jugendlichen Unterstützung und Herausforderung bieten.

Viele solcher Angebote existieren in den Hagener Schulen bereits in Form des gebundenen oder des offenen Ganztages. Die Hagener SPD fordert eine klare konzeptuelle Einbindung des Ganztages in das Programm der einzelnen Schule. Im Hinblick auf Inklusion kommt den Ganztagsangeboten eine besondere Bedeutung zu.

Der demografische und soziale Wandel in unserer Stadt macht Veränderungsprozesse im Schulsystem unvermeidlich. Die Zahl der Grundschulstandorte in Hagen wurde bereits reduziert. Um kleinere Grundschulen am Leben zu erhalten, wurden Verbundlösungen geschaffen.

Die SPD Hagen setzt sich für den Erhalt kleiner Grundschulen ein, solange diese in der Lage sind, den Kindern ein vollständiges gesichertes ganztägiges Bildungsangebot vorzuhalten.

Die öffentliche bildungspolitische Diskussion wird gegenwärtig besonders von zwei Aspekten bestimmt: der Aufgabe der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in die Regelschulen sowie der Frage nach der Zukunft von Haupt-, Real- und Sekundarschulen.

Die gültige Landesgesetzgebung räumt Eltern gegenwärtig schon die Entscheidungsmöglichkeit zwischen dem Besuch von Regeleinrichtungen oder speziellen Fördereinrichtungen zu. Bereits jetzt nehmen in unserer Stadt alle Schulformen – von der Grundschule bis zu Gesamtschulen und Gymnasien – Kinder mit besonderem Förderbedarf auf. Häufig werden seitens der betroffenen Lehrkräfte die mangelnde Vorbereitung und die fehlende personelle Unterstützung durch sonderpädagogische Fachkräfte kritisiert.

Grundsätzlich befürwortet die Hagener SPD alle Integrationsbemühungen, die dazu führen, dass möglichst viele Kinder mit Behinderungen die Regelschulen besuchen, wenn die Eltern dies wünschen. Damit dieser Prozess zum Wohle aller Kinder geschieht, müssen die Schulen umfassend unterstützt, qualifiziertes Fachpersonal bereitgestellt und zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden. Dazu sind Landesmittel bereitzustellen.

Die schulpolitischen Grundüberzeugungen der SPD sind weitestgehend im System der Gesamtschulen vorzufinden. Trotz engagierter Arbeit findet das Angebot der Hauptschulen im Wahlverhalten der Eltern keinen relevanten Zuspruch mehr.

Die Hagener SPD hält die Schulform Realschule für ungeeignet, mit einer sehr heterogenen Schülerschaft in einer Weise zu arbeiten, dass allen Schülern differenzierte Möglichkeiten und geeignete Förderstrukturen zuteil werden. Deshalb tritt die Hagener SPD für die Gründung von Sekundarschulen als Orte des gemeinsamen Lernens ein, wo immer der Elternwille das zulässt. Kommen durch das Anmeldeverhalten an bestimmten Orten Sekundarschulstandorte nicht zustande, so müssen stadtteilbezogen die Gesamtschulangebote ausgeweitet werden.

Für alle Schulformen fordert die Hagener SPD die Abkehr vom Aussortieren der Kinder und Jugendlichen und deren „Abschulung“ in andere Schulformen. Alle Schulen müssen sich verpflichten, sich für den Schulerfolg der Kinder, die sie einmal aufgenommen haben, verantwortlich zu zeigen.

Im Konzept „Kein Kind zurücklassen!“ hat Schulsozialarbeit eine bedeutende Funktion. Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben in Hagener Schulen dazu einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Ihre Arbeit muss dauerhaft gesichert und ausgeweitet werden. Die Hagener SPD fordert von der Bundes- und Landesgesetzgebung, die

Schulsozialarbeit als festen Bestandteil im Bildungssystem zu verankern und entsprechend zu finanzieren.

Die Stadt Hagen hat fünf Berufskollegs in zentraler Lage und mit einer optimalen Ausstattung. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der Hagerer Schullandschaft. Sie bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Hagen und der gesamten Region hochwertige Bildungs- und Qualifizierungsangebote.

In Zusammenarbeit mit Industrie, Handel und Handwerk bilden sie für eine Vielzahl qualifizierter Berufe im dualen System aus. Doch noch immer reicht in Hagen das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht aus. Viele Jugendliche befinden sich in unterschiedlichen Qualifizierungsmaßnahmen im Übergang zwischen Schule und Beruf. Häufig handelt es sich dabei aber lediglich um Überbrückungsmaßnahmen in wenig sinnvollen Warteschleifen.

Auch deshalb kommt den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufskollegs besondere Bedeutung zu. In einem durchlässigen System ermöglichen sie das Nachholen von allgemeinbildenden Schulabschlüssen, vermitteln spezifische berufliche Kenntnisse und Berufsabschlüsse und bieten darüber hinaus unterschiedliche Möglichkeiten der Weiterqualifizierung an.

In ihren beruflichen Gymnasien vermitteln sie die allgemeine Hochschulreife und eröffnen damit den Zugang zu allen Fachhochschul- und Hochschulstudiengängen.

Hagen - Stadt der Weiterbildung

In unserer Stadt existiert eine große Anzahl von unterschiedlichen Möglichkeiten der Weiterbildung und Weiterqualifizierung. Entsprechende qualifizierte Angebote stellen u.a. die Berufskollegs, das Rahel-Varnhagen-Kolleg, die unterschiedlichen Fachschulen, die Volkshochschule, die Märkische Fachhochschule und die FernUniversität bereit.

Sie leisten damit alle einen wertvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen und eröffnen Perspektiven und Wege auch für die Menschen, deren Bildungsbiographien nicht immer geradlinig waren.

Viele dieser hochwertigen Angebote sind allerdings nicht bekannt genug und auch kaum untereinander abgestimmt.

Die SPD Hagen setzt sich dafür ein, den einmal begonnenen Austausch der Weiterbildner untereinander strukturiert wieder aufzunehmen. Dabei sollen die Fragen der Modularisierung von Angeboten sowie der wechselseitigen Anerkennung von erbrachten Leistungen und Abschlüssen thematisiert werden. Ebenso sollen gemeinsame Formen von E-Learning weiterentwickelt werden. Als Koordinierungsstelle halten wir das Bildungsbüro Hagen im Rahmen des regionalen Bildungsnetzwerkes für geeignet und zuständig.

Gute Bildung für alle braucht die Mitwirkung vieler!

Die SPD Hagen fordert alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und alle Institutionen auf, sich an der Diskussion um die beste Bildung für unsere Stadt zu beteiligen. Wir werden Foren bereitstellen, um den Diskussionen einen Platz zu geben. Wir fordern Politik und Verwaltung auf, noch mehr als bisher beratende Gremien, insbesondere die kommunalen Beiräte, kontinuierlich in diesen Prozess einzubeziehen. Dabei sind ausdrücklich auch Kinder- und Jugendparlament und die Schülervertretung angesprochen.

Das Bildungsbüro Hagen als städtische Stelle halten wir für besonders geeignet, einen wesentlichen Teil dieser Koordinierungs- und Abstimmungsmaßnahmen zu übernehmen.

Sozialarbeiter in den Schulen sind unverzichtbar

Die inzwischen immer besser funktionierenden Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule, zur weiterführenden Schule und schließlich zur sich anschließenden Qualifizierung in Beruf und Studium sind mit Hilfe eines von allen Seiten getragenen Übergangsmagements verstärkt aufeinander abzustimmen. Im Sinne von regionalen Bildungsnetzwerken sind die verschiedenen Anforderungen und Erwartungen in die jeweilig angrenzende Lebenswelt gleichberechtigt zu übertragen.

In diesem Kontext haben sich u.a. die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Schulen als unverzichtbar herausgestellt. Die Finanzierung nunmehr allein auf die Träger bzw. Schulen abzuwälzen, ist nicht möglich. An vielen Schulstandorten sind die pädagogischen Zielsetzungen nur durch die begleitende Sozialarbeit wirksam zu realisieren. Es kann auch hinsichtlich einer gelingenden Inklusion nur durch diese Instrumente der individuelle Schulerfolg gewährleistet werden. Die Zahl der Sozialarbeiter muss mit Hilfe des Bundes wieder aufgestockt werden. Die SPD Hagen schließt sich daher der Forderung des Städtetages NRW an, die Weiterführung der Schulsozialarbeit aus den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets zu finanzieren.

Das Bildungssystem muss es uns wert sein

Die oftmals notwendigen Investitionen in die Bildungseinrichtungen sind gezielt auf Qualität auszurichten. Nicht alles wird überall zu realisieren sein. Es muss darum gehen, jedem Kind gemäß seiner Voraussetzungen ein entsprechendes Förderkonzept anzubieten.

Die Ansprüche der Hagerer Bürgerinnen und Bürger an ein lebenslanges Lernen fordern die kommunalen Einrichtungen und Vertretungen der Wirtschaft, des Handels und des Handwerks auf, ihr Bildungsangebot ständig zu aktualisieren. Dieses Schul- und Bildungssystem macht einen finanziellen Mehraufwand erforderlich, den die Kommune nicht

alleine tragen kann. Dennoch stellt die Hagener SPD nicht die Frage, was uns Schule und Bildung kosten, sondern was sie uns wert sind. Daher fordern wir von Bund, Land und Unternehmerschaft, sich an der kommunalen Bildung in Zukunft zu beteiligen.

Geburt und Kleinkindphase

Denn nach wie vor muss der Ausbau von U3-Plätzen intensiviert werden. Die Angebote von frühen Hilfen für Familien gehören ausgebaut. Es muss gesichert sein, dass Hebammen junge Familien begleiten und unterstützen und dass bei erkennbaren prekären Lebensverhältnissen Sozialarbeiter die Familien aufsuchen, um Hilfe anzubieten und zu gewährleisten. Appelliert werden muss aber auch an die Verantwortung der Arbeitgeber bezüglich der familienfreundlichen Arbeitsplatzgestaltung. Dazu gehört die Entwicklung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle ebenso wie die Kooperation mit den öffentlichen Trägern bei der Einrichtung von Kindertagesstätten.

Schule und Bildungsphase

Die Rahmenbedingungen müssen gesichert sein. Dazu zählen die Sozialarbeit für die Offene Ganztagschule und den gebundenen Ganztags ebenso wie eine enge Verzahnung mit den Einrichtungen der Jugendhilfe und eine stärkere Kooperation mit Vereinen und Institutionen. Erziehungshilfen müssen in und durch Familienzentren zur Verfügung gestellt werden, die regionale Bildungsnetzwerksarbeit und die Kooperation der Bildungspartner beim Übergang von der Kita zur Schule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule müssen weiter ausgebaut werden.

Ausbildung und Arbeitsphase

Der Übergang von der Schule in den Beruf muss gemeinsam mit den Partnern (SIHK, Handwerkskammer, Arbeitgeberverband) gestaltet werden. Es müssen mehr familienfreundliche Arbeitsplätze entwickelt werden. Wünschenswert ist auch die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Frau und Beruf sowie der jeweiligen Lebensphase angepasste Wohnkonzepte.

Gutes Wohnen ist Lebensqualität

Traditionelle Wohnquartiere stärken

Positive oder negative Entwicklungen in einer Stadt oder einem Stadtquartier spüren ihre Bewohner zuerst in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld. Graue Fassaden, leer stehende oder gar verfallene Gebäude in den Wohnquartieren, ungepflegte Bürgersteige und Grünanlagen

sind nur die äußeren Erscheinungsbilder einer negativen Stadtentwicklung. Diejenigen, die es sich leisten können, ziehen aus dem "grauen" Wohnumfeld weg. Sie ziehen in Stadtbezirke mit einem positiveren Image oder in eine andere Stadt. Übrig bleiben jene, die dieser Entwicklung aus eigener Kraft nicht ausweichen können. Dieses Gefälle zwischen den Stadtquartieren schafft langfristig ein Ungleichgewicht auch im sozialen Gefüge einer Kommune, die andernorts bereits für erhebliches Konfliktpotential sorgt.

Verschärfte Rahmenbedingungen für die Wohnungswirtschaft

Gerade der Rückgang der Bevölkerungszahlen im Rahmen des demografischen Wandels beschleunigt diese Entwicklung insbesondere in den benachteiligten Wohnlagen, wie zum Beispiel an stark befahrenen Hauptverkehrsadern, die unter anderem durch Lärm oder sonstige Immissionen belastet sind. In unserer Stadt besteht ein Wohnungsüberangebot, das in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Gleichzeitig aber verfügt die Stadt über sehr viel „falschen“ oder nicht mehr zeitgemäßen Wohnraum. So sind über 80 Prozent des Wohnungsbestandes nicht barrierefrei und die Wohnungszuschnitte von Wohngebäuden nicht mehr zeitgemäß. Aber auch die nach wie vor ungebrochene Ausweisung von neuen Wohnbauflächen auf der „grünen Wiese“ führt zu einem Ausbluten und damit einer zusätzlichen Schwächung der traditionellen Wohnquartiere. Viele Vermieter von Immobilien, insbesondere in benachteiligten Lagen, sind häufig völlig überfordert und können ihren Eigentümerpflichten nicht mehr angemessen nachkommen. Mit den noch erzielbaren Mieten ist eine Instandsetzung oder gar eine Modernisierung der Wohnungen häufig trotz günstiger Zinskonditionen des Landes oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nicht mehr finanzierbar. Die Stadt Hagen musste in den zurückliegenden Jahren die Kosten für mehrere marode Gebäude oder gar Abbruchmaßnahmen tragen, da die Eigentümer dazu nicht mehr in der Lage waren.

Maßnahmen zur Stärkung des Hagener Wohnungsmarktes

Dies macht deutlich, welche Probleme zukünftig verstärkt auf die Stadt Hagen in ihren benachteiligten Wohnlagen zukommen werden. Hier wird es unsere Aufgabe sein, Fehlentwicklungen zu verhindern oder ihnen frühzeitig entgegenzuwirken. Zusammen mit den Immobilieneigentümern, insbesondere den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, und der Kommunalpolitik, die den planungsrechtlichen Rahmen setzt, müssen hier tragfähige Stadtteilkonzepte entwickelt werden. Auch muss über den gezielten Rückbau von schlechten Wohnlagen nachgedacht werden. Die Stadtumbauprogramme „Soziale Stadt“ oder „Stadtumbau West“ sind hier wichtige Instrumente, um mit Hilfe von Fördermitteln städtebauliche Missstände zu beseitigen. Damit die vielen heute noch bevorzugten Wohnlagen nicht die benachteiligten Wohnlagen von

morgen werden, müssen auch hier Konzepte für eine positive Quartiersentwicklung mit den Akteuren (Vermietern, Geschäftsleuten etc.) in den Stadtteilen, mit den Immobilieneigentümern und der Kommunalpolitik entwickelt werden. Unser Ziel sind attraktive Wohnquartiere mit instand gesetzten oder modernisierten Gebäuden, ein barrierefreies oder zumindest barrierearmes Wohnungsangebot mit zeitgemäßen Wohnungsgrundrissen, aber auch ein Wohnumfeld mit einer guten Nahversorgung. Dazu gehören Banken, die Post, Handwerksbetriebe, Gastronomie, Bildungseinrichtungen, Kulturangebote und die medizinische Versorgung (Ärzte, Apotheken etc.). Die SPD Hagen wird mit der AWO Gespräche führen, damit die Einrichtungen für Senioren in den Stadtteilen erhalten bleiben. Darüber hinaus erachten wir, in Anbetracht der demografischen Entwicklung, eine Weiterentwicklung des städtischen Altenhilfeplans für notwendig. Dabei muss der Wohnraum bezahlbar bleiben. Nur so kann eine nachhaltige und für die Menschen positive Wohnquartiersentwicklung gewährleistet werden.

Die SPD Hagen wird auch die bisher getroffenen Entscheidungen zum Rückbau der städtischen Einrichtungen vor Ort kritisch überprüfen und dabei die Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen vor Ort und die Entwicklung des Stadtteils genau beobachten. Wo Fehlentwicklungen eingetreten sind, wird die SPD Hagen gegensteuern.

Ein unverzichtbares wohnungspolitisches Steuerungsinstrument ist dabei die Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (ha.ge.we). Die Stadttochter ist Eigentümerin von aktuell 5245 Wohnungen, 34 Gewerbeeinheiten und 820 Garagen und Stellplätzen in Hagen. Im Rahmen von umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen werden immer mehr Wohnungen der ha.ge.we barrierefrei umgebaut. Als eine der wenigen städtischen Gesellschaften erzielt die ha.ge.we jährlich Gewinne. Die SPD Hagen spricht sich entschieden gegen eine Veräußerung aus, weil Menschen nicht verkauft werden dürfen.

Junge Familien in Hagen halten

Auch bei begrenzten Grundstücksressourcen wird die SPD Hagen sich künftig für die Ausweisung neuer Wohngebiete für Einfamilienhäuser einsetzen. Der bestehende Konflikt zwischen der ungebrochenen Nachfrage nach unbebauten Einfamilienhausgrundstücken insbesondere von jungen Familien auf der einen Seite und der gleichzeitigen Schwächung der vorhandenen Wohnquartiere auf der anderen Seite muss beseitigt werden. Es ist nachvollziehbar, dass die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der Infrastruktur durch die Ausweisung von zusätzlichen Neubauflächen immer größer werden, da auch die Infrastruktur in den traditionellen Wohnquartieren nach wie vor instand gehalten werden muss. Dieser Konflikt ist nur zu beseitigen, wenn die traditionellen Wohnquartiere attraktiver werden

und auch hier eine nachfragegerechte Angebotsstruktur für junge Familien geschaffen werden kann. Es gilt, in den nächsten Jahren entsprechende Konzepte zu entwickeln. Solange solche Konzepte nicht vorliegen, wird man der Abwanderung junger Familien ins Umland nur durch eine bedarfsgerechte Ausweisung von Wohnbauflächen gerecht werden können.

Generationsgerechte Wohnungsangebote

Mit Blick auch auf die geburtenstarken Jahrgänge und den immer größer werdenden Anteil an alten Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserer Stadt steigt auch unsere Verantwortung für diese Menschen, ein adäquates Wohnangebot in den Stadtteilen zur Verfügung zu stellen und ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Es wäre auch fahrlässig, die Augen vor den zukünftigen Kosten für die Unterbringung von alten Menschen in den Pflegeheimen zu verschließen, wenn es uns nicht gelingt, geeigneten Wohnraum zu schaffen. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten der Unterbringung in den eigenen vier Wänden. Generationsgerechte Wohnkonzepte und mehr barrierefreier Wohnraum helfen den Menschen, ihr selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter im vertrauten Umfeld führen zu können. Von daher benötigen wir dezentral in den Stadtteilen entsprechende Angebotsstrukturen. Konzepte für ein langes, selbstbestimmtes Leben können zum Beispiel von Wohnungsgesellschaften und privaten Investoren umgesetzt werden. Hilfestellung können die Verbände der Wohlfahrtspflege entwickeln und umsetzen.

Hier sehen wir aber auch das Land und den Bund in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für den Um- und Neubau solcher Wohnangebote für die Wohnungswirtschaft zu verbessern. Nur so kann es gelingen, die Investitionsbereitschaft zu erhöhen und die Mieten auch für künftige Generationen bezahlbar zu halten.

Bedarf an die Lebensabschnitte anpassen

Die Lebensabschnitte eines Menschen erfordern besondere Rahmenbedingungen in der jeweiligen Lebenswelt. Um ein zufriedenes und durch gleichberechtigte Teilhabe geprägtes Leben führen zu können, müssen die Lebensgrundlagen durch angemessene Arbeits- und Wohnverhältnisse gesichert werden. Daraus ergeben sich verschiedene Bedarfe in der Quartiersentwicklung.

Zum einen sind Freiflächen und Grünplätze gefragt, aber auch Spiel- und Sportmöglichkeiten. Das Wohnraumangebot für Familien unterscheidet sich deutlich von den Wohnkonzepten im Alter, die es in besonderem Maße zu entwickeln gilt. Für eine Gestaltung von Wohnquartieren sind neben den Eigentümern, Investoren, und Wohlfahrtsverbänden auch die verschiedenen Ressorts auf Bundes- und Landesebene koordinierend

zusammenzubringen. Einen sozial gerechten Stadtteil zu entwickeln, das kann nur auf dem Zusammenwirken der verschiedensten Akteure und der Zusammenbindung der Fördermöglichkeiten basieren. Die aktive Einbindung im Stadtteilprojekt „Soziale Stadt“ in Wehringhausen kann die Chance eröffnen, den betroffenen Einwohnern die Teilhabe an solchen Konzepten näher zu bringen und eine Vorbildfunktion für ähnlich gelagerte Entwicklungsaufgaben auszuprägen.

Gute Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Hagen sind wesentliche Faktoren für die Standortsicherung. Damit ergibt sich eine Vielzahl von Aspekten, die das sozialdemokratische Engagement in der Bezirksvertretung oder auch im Stadtrat bestimmen. Die SPD wird sich aus ihrer 150-jährigen Tradition heraus in ihrer politischen Arbeit immer von den Problemen der Menschen vor Ort leiten lassen. Bürgernähe und örtliche Verwurzelung sind gelebte Eckpfeiler des politischen Selbstverständnisses.

Mehr Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen

Bei der Entwicklung und Umsetzung der Stadtteilkonzepte setzt die SPD auf mehr Bürgerbeteiligungsprozesse. Die Kommunalpolitik muss die Menschen vor Ort noch stärker einbinden, um zum einen von ihren gemachten Erfahrungen zu profitieren und zum anderen auch eine größere Akzeptanz für die notwendigen Veränderungen zu bekommen. Die SPD Hagen wird diese Beteiligungsprozesse auch im Rahmen von parteioffenen Veranstaltungen unterstützen.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Das Stadtbild ist hinsichtlich der Sauberkeit deutlich schlechter geworden. Hier muss die Forderung der SPD nach Schaffung einheitlicher Zuständigkeiten und Strukturen für Reinigungs- und Unterhaltungsarbeiten ansetzen. Es muss überlegt werden, wie die Partnerschaft zwischen Ordnungsbehörde und Polizei wieder mit Leben erfüllt werden kann. Für die Innenstadtreinigung und Maßnahmen in besonders problematischen Stadtteilen (z.B. Wehringhausen und Altenhagen) muss mehr Personal eingesetzt werden. Die Bürgersteigreinigung ist durch Gebührenleistungen der Eigentümer den städtischen Stellen zu übertragen. Die Papier- und Glascontainer in der Stadt sind schrittweise auf Unterflurbehälter umzustellen, die Reinigung und Überwachung der Standorte ist zu intensivieren. Die Aufgaben der Überwachungsbehörden sind in einer schlagkräftigen Dienststelle zu bündeln (bisher ist für Verstöße gegen die Straßenreinigungssatzung das Ordnungsamt zuständig, für illegale Abfallablagerungen das Umweltamt). Bußgelder sollten auch als Strafgelder wirken und durchgesetzt werden.

Die SPD-Ratsfraktion wird sich im Rahmen der Fortschreibung des kommunalen Abfallwirtschaftskonzeptes dafür einsetzen, dass keine Biomülltonnen gegen den Willen der Einwohner Hagens eingeführt werden. Insgesamt wird die SPD darauf achten, dass die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für Hagen nicht zu einem Wirrwarr an Regelungen und Mülltonnen führt, das überhöhte Abfallgebühren zur Folge hätte.

Bahnhofshinterfahung ist das Verkehrs- und Umweltprojekt

Dieses Verkehrsprojekt ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Stadt Hagen in den nächsten Jahren. Die Bahnhofshinterfahung entlastet zukünftig den Graf-von-Galen-Ring in erheblichem Maße, verkürzt die Verbindungszeiten im Stadtgebiet und erschließt darüber hinaus noch ungenutzte Flächen für Dienstleistung und Gewerbe hinter dem Hagener Hauptbahnhof. Zudem gehen alle Modellrechnungen davon aus, dass auch die Feinstaub- und Stickoxid-Belastungen am Graf-von-Galen-Ring mit der Reduzierung des Verkehrs zurückgehen und damit gesunde Wohnverhältnisse wieder hergestellt werden.

Feinstaub- und Stickoxidbelastung in der Innenstadt reduzieren

Mit der Einführung der Euro 6-Emissionsgrenzwerte für den Kraftfahrzeugverkehr Ende 2014 werden sich die Belastungen aus Feinstaub, Stickoxiden und anderen Schadstoffen noch einmal reduzieren. Die bisherigen Bemühungen der Stadt Hagen haben zwar bereits zu einer erheblichen Reduzierung beigetragen. In Teilbereichen liegen die Werte aber immer noch über der zulässigen Grenze. Die Hagener SPD ist mit ihrer Entscheidung für die Einführung einer Umweltzone einen weiteren wichtigen Schritt bei der Reduzierung der Schadstoffbelastung gegangen und kommt damit ihrer Verantwortung für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Hagener Innenstadt nach. Mit der Fertigstellung der Bahnhofshinterfahung ist die Hoffnung verbunden, dass sich die Schadstoffwerte im Bereich des Graf-von-Galen-Rings noch einmal deutlich verringern werden. In der Finanzamtsschlucht am Märkischen Ring wird man eine Verbesserung allerdings nur durch Rückbau im Bereich des Finanzamtes erreichen können. Ob dies eine Option darstellen kann, muss in der nächsten Legislaturperiode geprüft werden.

Personennahverkehr attraktiver gestalten

Auf den öffentlichen Personennahverkehr sind viele Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Neben Schülerinnen und Schülern nutzen auch Seniorinnen und Senioren die Verbindungen. Aber auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf die Busverbindungen angewiesen. Trotz Reduzierung der Mittel für den Nahverkehr muss intensiv an ihrer Optimierung gearbeitet werden. Unter anderem an der Fahrplangestaltung:

- Angestellte in den Geschäften der Innenstadt kommen nach Geschäftsschluss nicht mehr mit dem Bus nachhause, denn es fährt keiner mehr!
- Pendler oder Besucher der Stadt, die abends am Hagener Hauptbahnhof ankommen, sind ab einer bestimmten Zeit auf Taxis angewiesen, da sie nicht mehr in die Innenstadt, geschweige denn in die Stadtteile, kommen.
- Busse sind morgens übervoll, da die Schulen nicht in der Lage sind, ihre Schulanfangszeiten aufeinander abzustimmen.
- Mehrere Busse verschiedener Linien fahren oft hintereinander her, was zu völligem Unverständnis bei den Fahrgästen führt, die dadurch häufig ihre Verbindungen nicht bekommen und lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.
- Zielgerichtete Linien sind nicht das vorherrschende Merkmal der Hagener Straßenbahn, einige Linien haben den Charakter von Stadtrundfahrten.

Die Entscheidungsträger der Hagener Straßenbahn (Vorstand, Aufsichtsratsmitglieder) sehen den Nahverkehr viel zu sehr nur aus der Kostensicht. Daher gilt es, eine formalisierte Beteiligung der Fahrgäste (insbesondere der Abonnenten) durch einen Fahrgastbeirat zu realisieren. Die Hagener SPD wird in der nächsten Legislaturperiode auf eine nutzerfreundliche Anpassung des Linienfahrplanes der Hagener Straßenbahn hinwirken.

Der ÖPNV ist kein Selbstzweck, sondern er dient den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt! Der Slogan -Linie Mensch- muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nach Geschäftsschluss nicht mehr mit dem Bus aus der Innenstadt nach Hause kommen, wie Hohn in den Ohren klingen. Auch viele andere Ärgernisse müssen korrigiert werden, damit das ÖPNV-Angebot in Hagen wieder das Prädikat nutzerfreundlich erhält.

Mehr Kreisverkehre statt Ampelkreuzungen

Was anderenorts mittlerweile Standard ist, setzt sich in Hagen nur mühsam durch. Kreisverkehre sind im Gegensatz zu Ampelanlagen besonders nutzerfreundlich, tragen erheblich zum Verkehrsfluss bei und wirken geschwindigkeitsregulierend. Zudem können erhebliche Ausgaben für Instandsetzung und Energie, die bei Ampelanlagen nach wie vor trotz Umrüstung auf eine LED-Beleuchtung hoch sind, eingespart werden. Der Kreisverkehr im Bereich Haßleyer Straße/Hünenpforte ist ein gelungenes Beispiel. Seitdem der Kreisverkehr dort installiert wurde, fließt der Verkehr hier wesentlich reibungsloser. Insbesondere zu Spitzenverkehrszeiten staute der Verkehr früher im Bereich der Haßleyer Straße zurück. An anderen Orten, wo die Fläche für einen Kreisverkehr nicht zur Verfügung steht oder aber an Unfallschwerpunkten und Fußgängerübergängen an stark befahrenen Straßen sind Ampeln auch zukünftig unverzichtbar.

Feinstaub und Stickoxidbelastung müssen reduziert werden. Die Einführung einer Umweltzone reicht dafür nicht. E-Mobilität ist ein Mittel, um diesen Zielen lautlos und sauber näher zu kommen. Eine Möglichkeit, um die E-Mobilität zu fördern, ist der Ausbau der Infrastruktur. Lademöglichkeiten für E-Autos und E-Bikes sollten in ausreichender Zahl angeboten werden. Hierfür muss die Kommune öffentliche Flächen zur Verfügung stellen. In den Niederlanden, Norwegen und Österreich sind die Erfolge in Richtung E-Mobilität bereits ausmachen, die mit einem lückenlosen Netz von Ladestationen erreicht wurden. Ein erster Schritt für die E-Mobilität in Hagen ist durch den Antrag im Umweltausschuss erzielt worden, für mehr Elektromobilität im städtischen Fuhrpark zu sorgen.

Hagen für Radfahrer attraktiver gestalten

Ist die Nutzung des Fahrrades heute noch aufgrund der Hagener Topografie für viele Berufspendler keine Alternative zum Auto und dem ÖPNV, wird das Elektrofahrrad zukünftig das Nutzerverhalten wesentlich verändern. Die Kraftunterstützung der E-Bikes nimmt den Steigungen den Schrecken. Hierauf wird sich die Stadt zukünftig stärker einstellen müssen. Um die Verkehrssicherheit der steigenden Zahl von Radfahrern zukünftig gewährleisten zu können, muss die Anlage neuer Radwege sowie die sinnvolle Schaffung von Fahrradspuren auf den Regelstraßen geprüft werden. Hier können klassische Fahrradfahrerstädte am Niederrhein oder im Münsterland ein gutes Vorbild sein. Auch das Freizeitverhalten wird durch das E-Bike einen zusätzlichen Schub erhalten und die Vier-Flüsse-Stadt mit seinen reizvollen Höhen attraktiver für Fahrradtouren machen. Auch diese Chance sollten wir nutzen. Heute profitiert Hagen bereits von dem mehrfach ausgezeichneten Ruhrtal-Radweg. Weitere Radwanderwege, z.B. entlang der Lenne, sollten zusammen mit dem Märkischen Kreis und dem Ennepe-Ruhr-Kreis entwickelt werden. Im Rahmen eines Radwegeverkehrsplans sollte sich Hagen auf die veränderten Bedingungen des Fahrradfahrens einstellen und ein attraktives Verkehrsnetz für Berufspendler und Freizeitfahrer planen.

Verkehrslärm beeinflusst den Wohnungsmarkt

Trotz leiserer Motoren, besserer Reifen und des Einsatzes von Flüsterasphalt ist aufgrund des wachsenden Verkehrs die Lärmbelastung gestiegen. Die Sensibilität gegenüber diesem Thema ist auch in der Bevölkerung gewachsen. Marktforschungen haben ergeben, dass ein lautes Umfeld Wohnungssuchende abschreckt. Lärm ist K.O.-Kriterium Nummer eins. Der Lärmkatasterplan, dessen Aufstellung das EU-Parlament vorgeschrieben hat, macht deutlich, dass Hagen aufgrund seiner Nähe zu den Autobahnen A1, A45 und A46 und der Bahngleisanlagen vor allem im Bereich des Hauptbahnhofs und des Rangierbahnhofs in Vorhalle besonderen Lärmbelastungen ausgesetzt ist, die über die Belastungen des

kommunalen Straßenverkehrsnetzes hinausgehen. Der Umgang mit dem Thema Lärm ist in Bezug auf Neubauvorhaben relativ unproblematisch, da Bauvorschriften diesen Sachverhalt berücksichtigen. Problematischer ist jedoch der wesentlich größere Anteil von Wohnungen in Altbauten. Viele dieser Häuser verfügen nicht über Lärmschutzfenster oder eine kontrollierte Wohnraumbelüftung. Im Rahmen einer energetischen Sanierung sollte daher das Thema Lärmschutz ebenfalls eine besondere Rolle spielen.

Die Hagener SPD appelliert vor allem an die Besitzer von Mietwohnhäusern, sich dieses Themas frühzeitig anzunehmen, um zukünftig wettbewerbsfähige Wohnungen am Markt anbieten zu können.

Naturschutz und Naherholung bieten Lebensqualität

Als walddreichste Großstadt in Nordrhein-Westfalen verfügt Hagen über zahlreiche Landschaftsschutzgebiete und einige Naturschutzgebiete teilweise sogar von europäischem Rang. Diese besonderen Schutzgebiete verfügen über eine besondere Fauna und Flora, deren Erhalt eine wichtige Aufgabe ist. Die Hagener Naturschutzverbände sowie die biologische Station fördern die besonderen Schutzziele dieser Gebiete auch durch ihre aktive Landschaftspflege. Sie führen auch Interessierte an das wichtige Thema Naturschutz heran. Daneben erfüllen unsere Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete auch eine wichtige Naherholungsfunktion. Von jedem Ort unserer Stadt ist man sehr schnell in der freien Natur. Dies zeichnet in besonderem Maß die Lebensqualität unserer Stadt aus. Ein gut ausgebautes Wegenetz wird darüber hinaus auch den Ansprüchen von auswärtigen Wandergruppen gerecht. Diese Qualität gilt es zu erhalten und auszubauen. Die Hagener SPD setzt sich uneingeschränkt für den Erhalt der Naturschutzgebiete ein.

Doch trotz des Walddreichtums und Naturschutzes sind bereits heute klimatische Veränderungen erkennbar, die zuerst zu Lasten der Menschen in einer dicht bevölkerten Innenstadt gehen. Hier ist zur Schaffung von dauerhaften klimatischen Verbesserungen in den Stadtteilen ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich. Politik, Verwaltung, Vereine, Menschen aus den Stadtteilen sowie Umwelt- und Naturschutzverbände sind in die Erstellung eines ganzheitlichen Konzepts für die Stadt Hagen einzubinden. Dazu gehören beispielsweise die Ermittlung von Freiraumflächen pro Einwohner im Quartier, die Festlegung einer bioklimatischen Mindestqualität oder auch die Neuanlage und Pflege von Parkanlagen in den Wohnquartieren.

Kein CargoBeamer am Hengsteysee

Die geplante Verladerampe für Lastwagen auf die Bahn auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs am Hengsteysee darf weder den Naherholungs- und Freizeitwert der Seeregion einschränken noch ist den Menschen im Hagener Norden eine Zunahme des Straßenverkehrs zuzumuten. Die Hagener SPD begrüßt zwar die technische Entwicklung, die den Güterverkehr stärker auf die Bahn bringt, hält aber den Verladestandort direkt am Ufer des Hengsteysees, der nach der Ausbauphase täglich von einer Vielzahl von Lkw angefahren werden wird, für ungeeignet.

Landwirtschaft schafft Identifikation

Der Landwirtschaft in unserer Region wird wieder mehr Beachtung geschenkt. Aufgrund der zahlreichen Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre findet ein Umdenken bei vielen Verbrauchern statt. Mit dem wachsenden Bewusstsein für saisonale und regionale Produkte wenden sich immer mehr Verbraucher der heimischen Landwirtschaft zu, interessieren sich für die hier vor Ort hergestellten Produkte und möchten diese direkt beim Erzeuger kaufen. Diesen Markt haben auch die hiesigen Landwirte für sich entdeckt. Sie vermarkten ihre Produkte über eigene Bauernläden, über die bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft (Raiffeisenmarkt), in Bioläden oder auf Wochenmärkten. Diese Rückbesinnung zur heimischen Landwirtschaft fördert die Identifikation mit unserer Stadt in besonderem Maße.

Hagen ist Motor in einer starken Wirtschaftsregion

Hagen muss sich als Oberzentrum behaupten

Hagen ist das Oberzentrum der starken Wirtschaftsregion Südwestfalen mit innovativen, mittelständischen und inhabergeführten Unternehmen u.a. in der metallverarbeitenden Industrie, dem Maschinenbau und der Automotive-Industrie. Hier werden hoch qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Auch im Dienstleistungssektor wird Hagen nach wie vor seiner oberzentralen Funktion gerecht.

Durch den permanenten ökonomischen und technologischen Strukturwandel verändern sich aber die Standortanforderungen und Flächenbedarfe der Unternehmen ständig. Neue Produktions- und Logistikkonzepte lösen betriebliche Investitionen aus, teilweise mit wachsenden Flächenbedarfen. Die nachfragegerechte Versorgung insbesondere mit Industrie- und Gewerbeflächen ist Voraussetzung einer erfolgreichen und nachhaltigen kommunalen Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungspolitik. Dies stellt Hagen jedoch

zukünftig vor enorme Herausforderungen, da die noch zur Verfügung stehenden Industrie- und Gewerbeflächenpotentiale endlich sind und zukünftig den Firmen kaum noch wettbewerbsfähige Flächenangebote auf der „grünen Wiese“ gemacht werden können. Wenn Hagen seiner Aufgabe als Oberzentrum der Wirtschaftsregion Südwestfalen weiterhin gerecht werden will, muss sich etwas ändern.

Hagen Agentur als Behördenlotse bei Expansionswünschen

Aufgrund fehlender Standortoptionen gewinnt die Reaktivierung von Flächen im Bestand immer mehr an Bedeutung. Doch komplizierte Eigentumsverhältnisse, Altlasten- und Immissionsprobleme, langwierige und komplexe Genehmigungsverfahren und eine unübersichtliche Fördermittelkulisse schrecken viele Unternehmen ab, an Altstandorten zu expandieren. Komplette Betriebsverlagerungen an „unkompliziertere“ Standorte, unter Umständen in andere Kommunen, sind die Folge. Die Hagen Agentur soll daher stärker expansionswillige Firmen begleiten und diese Prozesse moderieren und organisieren.

Darüber hinaus haben sich die Laufzeiten von Bauleitplanungsverfahren oder für Bauanträge von Unternehmen dramatisch verlängert. Dies gefährdet in erheblichem Maße die Investitionen der Unternehmen und damit auch den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen. Als wirtschaftsfreundlicher Standort muss Hagen mehr Personal in den zuständigen Fachämtern zur Verfügung stellen, um Bearbeitungszeiten erheblich zu verkürzen.

Stadtentwicklungskonzept für Industrie und Gewerbe

Das Erfassen des Bestandes und der Bedarfe sowie das Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen auf gesamtstädtischer Ebene ist eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Umgang mit Industrie- und Gewerbeflächen. Ein solches industrie- und gewerbeflächenbezogenes Stadtentwicklungskonzept kann sowohl Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung als auch Informationsquelle für die Unternehmen, die Grundstückseigentümer und die Immobilienwirtschaft sein. Es ist Informationsbasis und strategischer Ausgangspunkt eines Gewerbeflächenmanagements. Ein solches Konzept sollte in Verbindung mit der Hagen Agentur, der Kommunalpolitik und den Interessenvertretungen der Unternehmen und den Gewerkschaften entwickelt werden.

Neuer Arbeitskreis Industrie und Gewerbe soll Politiker beraten

Der Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung und die Hagen Agentur sollen zukünftig Fachpolitiker aller Fraktionen und Interessenvertreter der Südwestfälischen

Industrie- und Handelskammer, Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretungen im Rahmen eines neu zu gründenden Arbeitskreises „Industrie, Gewerbe und Dienstleistung“ unter Beteiligung aller relevanten Ämter, wie z.B. dem Umweltamt, schneller und regelmäßig über aktuelle Standortentwicklungen informieren. Der Arbeitskreis berät den zuständigen Stadtentwicklungsausschuss. Darüber hinaus sollen wichtige Fachthemen wie das Stadtentwicklungskonzept „Industrie, Gewerbe und Dienstleistung“ oder zum Beispiel auch die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebranchen hier vorberaten werden. Durch die Gründung eines solchen Arbeitskreises kann stärker als bisher auf die Erfahrungen der Interessenvertretungen zurückgegriffen und zu einer besseren Vernetzung der Strukturen im Sinne einer positiven Wirtschaftsentwicklung auf kurzem Wege beigetragen werden.

Gewerbeflächen durch die HEG erschließen lassen

Die Hager Erschließungsgesellschaft (HEG) hat sich in der letzten Legislaturperiode als erfolgreicher Projektentwickler von Wohnbauflächen erwiesen. Hierdurch konnten potentielle Flächen erworben, erschlossen und kostengünstige Wohnbaugrundstücke an Interessierte veräußert werden. Ein Erfolgsmodell, durch das die Wohnbaupreise in Hagen attraktiv blieben und viele Familien in Hagen gehalten werden konnten. Die HEG könnte in vergleichbarer Form auch schwierige Flächen für die gewerbliche Nutzung erwerben, entwickeln und dann an ansiedlungswillige Firmen veräußern.

Wir dürfen unsere hier ansässigen Unternehmen nicht allein lassen – sonst verlieren wir sie. Daher müssen wir frühzeitig wissen, wo der Schuh drückt, um die Bedingungen für unsere Unternehmen verbessern zu können. Wir müssen eine Perspektive für unseren Wirtschaftsstandort entwickeln und stärker als bisher die Erfahrungen der Interessenvertreter aus Wirtschaft und Gewerkschaft für uns nutzen. Wirtschaftsförderung ist sehr komplex und liegt in der Verantwortung vieler Beteiligten.

Neuer Fachbereich soll effektiver arbeiten

Viele Belange der Stadtentwicklung und der Umwelt sind sehr häufig identisch, werden aber in unterschiedlichen Dezernaten parallel diskutiert. Eine einhellige Verwaltungsmeinung kommt folglich nur mühsam zustande und wird dann häufig kontrovers in den verschiedenen Ausschüssen des Rates diskutiert. Das Ergebnis sind langwierige Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse, die einer modernen Stadtverwaltung in keiner Weise gerecht werden und unnötiges Personal binden. Daher schlägt die SPD Hagen vor, in der nächsten Legislaturperiode einen neuen Fachbereich Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Energie zu gründen. Parallel dazu soll ein zuständiger Fachausschuss gebildet werden, in dem alle

Belange der Stadtentwicklung und der Umwelt beraten und abgewogen werden. Nur so kann eine Würdigung aller relevanten Aspekte gleichgewichtig erfolgen.

Externer Sachverstand unterstützt die Politik

Der neue Ausschuss wird von dem gesetzlich vorgeschriebenen Landschaftsbeirat beraten. Darüber hinaus soll der Ausschuss auch von verschiedenen Arbeitskreisen beraten werden, in denen neben Fachpolitikern auch Interessenvertreter aus unterschiedlichen Bereichen mitwirken. Hierdurch sollen mehr externer Sachverstand in die Diskussion eingebracht und eine bessere Vernetzung zwischen Verwaltung, Politik und Interessenvertretungen erfolgen. Neben dem Arbeitskreis für Einzelhandel sind ein Arbeitskreis Industrie und Gewerbe und ein Arbeitskreis Wohnen sinnvoll.

Der Vorstandsbereich 3 für Soziales, Jugend, Bildung, Sport und Umwelt ist ein Gemischtwarenladen. Was hat Umwelt mit Bildung und Sport oder Jugend und Soziales zu tun? Das Dezernat war zugeschnitten auf eine bestimmte Person, orientierte sich aber nicht an dem fachlich Sinnvollen. Dies muss in der nächsten Legislaturperiode korrigiert werden, um Prozesse in der Stadtentwicklung und der Umwelt wieder effektiver gestalten zu können und Verantwortlichkeiten klar zu regeln. Wir können uns Reibungsverluste nicht mehr erlauben.

Hagen braucht den neuen Flächennutzungsplan (FNP)

Der Flächennutzungsplan (FNP) baut als übergeordneter, städtischer Bauleitplan auf dem Regionalplan auf, der die überregionalen Entwicklungsziele im Bereich Umwelt, Wirtschaft, Verkehr, Einzelhandel etc. formuliert und ein unerlässliches Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit ist. Der FNP ist ein wichtiges, städtisches Steuerungsinstrument und bündelt die Entwicklungsplanungen der verschiedenen Fachdisziplinen aus den Bereichen Umwelt, Gewerbe, Verkehr, Wohnen, Einzelhandel, Landwirtschaft, Sport, etc. Der derzeitige noch rechtskräftige Flächennutzungsplan entspricht nicht mehr den Zielsetzungen der aktuellen Stadtentwicklung und Umweltplanung. Die SPD Hagen hält die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans aufgrund der grundsätzlich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für unerlässlich. Allein die demografische Entwicklung zwingt uns zu einer Neuausrichtung unserer Planungsziele.

Die SPD Hagen hat sich daher intensiv an den öffentlichen Diskussionen im Rahmen der Neuaufstellung des FNP in den Stadtteilen beteiligt. Es ist die vordringliche Aufgabe der nächsten Legislaturperiode, diesen Rahmenplan zur Rechtskraft zu bringen. Wir müssen einen Plan haben, wenn wir unsere Stadt für die Zukunft fit machen wollen. Der alte

Flächennutzungsplan war auf Wachstum ausgerichtet. Die Rahmenbedingungen haben sich aber komplett geändert. Heute müssen wir uns für die Folgen des demografischen Wandels aufstellen.

Einkaufsstandort Hagen – neue Einkaufsgalerie bindet Kaufkraft

Die Zunahme des Internethandels wird in den nächsten Jahren die Einzelhandelslandschaft in den deutschen Innenstädten maßgeblich verändern. Mit der Eröffnung der zweiten Einkaufsgalerie in der Hagener Innenstadt wird es noch einmal gelingen, die Attraktivität des Einzelhandelsstandortes in der Hagener Innenstadt zu erhöhen und die Kunden dort zu binden.

Das Einkaufsgeschehen wird sich aber stärker als bisher konzentrieren, und der Druck auf die bisherigen traditionellen Einkaufslagen in der Innenstadt wird zunehmen. Gerade in den Randlagen der Fußgängerzone wird man über Folgenutzungen abseits des Einzelhandels nachdenken müssen.

Hierzu muss mit dem Einzelhandelsverband und auch mit den Immobilieneigentümern nach Lösungen gesucht werden. Wenn es gelingt, das Mietgefüge in der Innenstadt signifikant zu senken, bekommen auch wieder kleinere und inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte die Möglichkeit, sich anzusiedeln. Diese Geschäfte hatten der Hagener Innenstadt in den vergangenen Jahren verstärkt den Rücken gekehrt.

Kultur, Freizeit und Sport als Standortfaktor

Den Kulturstandort Hagen weiterentwickeln

Die SPD in Hagen sieht es als ihre Aufgabe an, die kulturellen Traditionen der Stadt zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die sehr lebendige junge Kulturszene, aber auch das Theater mit seinem philharmonischen Orchester und die Hagener Museen müssen erhalten und gefördert werden. Denn Hagen bietet seinen Einwohnern und Gästen eine große kulturelle Vielfalt. Neben den traditionellen Einrichtungen wie dem Theater und den Museen haben sich viele freie und private Initiativen etabliert. Sie bilden mit ihrem Profil ebenfalls einen entscheidenden Beitrag in der Hagener Kulturlandschaft. Doch ohne öffentliche Förderung ist eine reiche und anspruchsvolle Kulturlandschaft nicht lebensfähig. Trotz angespannter Haushaltslage muss daher eine Mindestförderung nicht nur für das Theater, das philharmonische Orchester und die Museen dauerhaft gesichert werden.

Für die Hager SPD steht fest, dass die Weiterentwicklung und Realisierung eines Kulturentwicklungsplans unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit vorangetrieben werden muss. Dieser Plan muss unter anderem die Förderung der kulturellen Vielfalt zum Ziel haben. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, die musikalische und künstlerische Bildung und Betätigung insbesondere junger Menschen zu fördern. Das Theater und die Kulturzentren unserer Stadt leisten in dieser Hinsicht bereits eine gute Arbeit. Daher müssen wir kulturelle Initiativen bei der Suche nach Fördermitteln aus regionalen Stiftungen o.ä. unterstützen und sie zu einer intensiveren Zusammenarbeit und Vernetzung anregen. Die SPD Hagen spricht sich darüber hinaus für den Erhalt der Bibliotheken, der Volkshochschule, der Musikschule und des Stadtarchivs aus.

Die öffentliche Diskussion konzentriert sich überwiegend auf die Sicherung der traditionellen Kultureinrichtungen. Die SPD wird darüber hinaus aber auch die hervorragende Arbeit der freien Kulturzentren und der städtischen Jugendarbeit (z.B. Kultopia) insbesondere unter dem Aspekt ihrer Integrationsarbeit herausstellen und honorieren.

Vereine prägen das Leben in den Stadtteilen

Hagen kann stolz sein auf sein reges Vereinsleben. In den einzelnen Stadtteilen gestalten die Bürger Feste und Veranstaltungen. Stadtteilstefte gehören ebenso dazu wie die Veranstaltungen der Chöre oder Heimat- und Brauchtumsvereine. Dieses wichtige kulturelle Leben will die SPD weiter fördern. Die Vereine müssen ihre Arbeit zukunftsfest und -sicher fortführen können.

Keine Bestrafung für den Vereinssport

Der Sport in den Vereinen nimmt in Hagen einen besonders großen Stellenwert ein. Neben dem sportlichen und gesundheitlichen Aspekt ist der ehrenamtlich geleistete Beitrag der Vereine zur Jugend- und Sozialarbeit von hoher Bedeutung. Insbesondere Kinder erlernen hier wichtige Elemente des Sozialverhaltens. Trotz knapp gewordener Mittel garantieren wir eine angemessene Förderung des Breitensports auch für die Zukunft. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Sportstättennutzungsgebühr für Vereine, die 2015 eingeführt werden soll, ab. Hager Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sie in Vereinen Sport treiben und sich engagieren. Ziel der SPD-Politik war und ist es weiterhin, Leistungs- und Spitzensport auch in Hagen zu ermöglichen und zu sichern. Mit der Einführung der landeseigenen Sportpauschale ist die kommunale Verantwortung für den heimischen Sport gestiegen. Wir treten weiterhin für einen gerechten und zielorientierten Einsatz der Mittel ein.

Die im Zusammenhang mit dem Ganztagsbetrieb an Schulen begonnene stärkere Kooperation zwischen Schul- und Vereinssport muss weiter ausgebaut werden. Sportangebote verstärken die Profilbildung von Schulen aller Schultypen. Damit wird auch eine wichtige Grundlage für den Leistungs- und Spitzensport geschaffen.

Integration braucht Geduld

Mehr als sieben Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. In Hagen beträgt deren Anteil über 35 Prozent der Einwohner. Das hat unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren verändert. Wie wir miteinander leben, das ist eines der wichtigsten Themen überhaupt, wenn wir an die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Stadt denken. Denn Integration entwickelt sich nicht automatisch. Wir müssen unseren Beitrag zum Gelingen leisten. Wir können das Zusammenleben in unserer Stadt nicht dem Zufall überlassen. Die SPD-Fraktion wird dafür sorgen, dass für die Stadtverwaltung Hagen und die städtischen Betriebe ein Integrationsbeauftragter beschäftigt wird. Darüber hinaus ist bei Personalbesetzungen der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen in Hagen verstärkt darauf zu achten, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen. Somit wird die Stadtverwaltung ein repräsentatives Bild der Hagener Gesellschaft darstellen. Die kommunalen Firmen haben im Rahmen betrieblicher Förderpläne ihre Integrationsanstrengungen nachzuweisen. In den Stadtteilen wird sich die SPD dafür einsetzen, dass der Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppen/Vereinen gefördert wird. Die SPD wird sich entschieden gegen die weitere Entwicklung von Parallelgesellschaften in unserer Stadt einsetzen.

Integration braucht einen langen Atem und Geduld. Sie braucht die Offenheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch in Hagen finden wir Ausländerfeindlichkeit, ja Fremdenhass. Gefährlicher noch als einzelne Gewaltakte ist ein gesellschaftliches Klima, das Ausländerfeindlichkeit mit klammheimlicher oder sogar mit offener Sympathie begleitet. Das führt zu einer aggressiven Intoleranz gegenüber Ausländern. Sie wird gefördert, wenn eine Mehrheit schweigt. Daher muss die SPD Hagen in einen Dialog mit allen Hagener Bürgerinnen und Bürgern eintreten und deutlich machen, dass Rassismus und rassistische Gewalt mit nichts zu rechtfertigen sind. Jeder Hagener, ob in unserem Land geboren, zugereist oder auch nur auf der Durchreise, muss diesen demokratisch festgelegten Regeln als Grundlage unseres Zusammenlebens folgen. Sie sind auf Integration und nicht auf Ausgrenzung angelegt und bieten damit genügend Raum für kulturelle Vielfalt – die Freiheit des Glaubens inbegriffen. Aber es gibt auch Grenzen, die im Rahmen eines guten Zusammenlebens zu beachten sind. Der Hinweis auf die Herkunft eines Menschen oder seine religiöse Überzeugung kann diese Grenzen nicht außer Kraft setzen. Jeder muss sich an die Regeln halten, die sich unsere Gesellschaft gegeben hat – Zugewanderte und

Einheimische. Die Hager SPD begreift Integration seit vielen Jahrzehnten als eine große Chance, unsere Gesellschaft und seine demokratischen Werte weiterzuentwickeln. Die Hager SPD setzt sich daher dafür ein, in unserer Stadt bei neu hinzugekommenen Migrantinnen und Migranten eine Willkommenskultur zu entwickeln.